Beschluss der Landesmitgliederversammlung

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg

Samstag, 21. November 2026, Bürgerhaus Wilhelmsburg

Ausgaben für Bildung sind Investitionen in die Zukunft

An Bildung darf nicht gespart werden.
Die Haushaltslage ist in Hamburg - wie auch im Bund und anderen Bundesländern - unter Druck. Da aufgrund des schwachen Wirtschaftswachstums der Steigerung der Ausgaben nicht in gleichem Maße gestiegene Einnahmen gegenüberstehen, mussten im Haushaltsplan für 2027/28 Einsparungen in allen Bereichen umgesetzt werden.

Haushaltsplanungen sind mittelfristig und eine Legislatur dauert fünf Jahre. Politik sollte dennoch in längeren Zeithorizonten denken. Es geht auch darum, die Wirtschaftskraft und den Wohlstand in Deutschland für die Zukunft zu sichern und damit gleichzeitig stabile Haushaltsmittel als Grundlage für jegliches politisches Handeln**. Die Fähigkeiten, das Wissen und die Ideen der Menschen sind unser größter Reichtum.**

Auf Bundesebene sind Investitionen in unsere Verteidigungsfähigkeit als Zukunftssicherung von der Schuldenbremse ausgenommen. Auf Landesebene sichern Bildungsinvestitionen auf ganz andere Weise die Zukunft unseres Landes. Wer heute an Bildung spart, riskiert morgen Wachstum, Zusammenhalt und Wohlstand. **Wer heute in Bildung investiert, schafft die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg von morgen.**

Wir GRÜNEN setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass die Schuldenbremse so modifiziert wird, dass Bund und Länder die zukunftssichernden Bildungsinvestitionen tätigen können. Mit einem Blick auf die PISA-Ergebnisse und die immer größer werdende Zahl von Schüler*innen, die die Mindeststandards in Mathematik, Deutsch und Naturwissenschaften nicht erreichen, können wir es uns nicht leisten, im Bildungsetat zu sparen, insbesondere nicht bei Schüler*innen, die aufgrund ihrer Lebensumstände auf zusätzliche Bildungsangebote und gezielte Unterstützung angewiesen sind.

Die geplanten Einsparungen im Haushalt 2027/28 sind eine Herausforderung für eine zukunftsgerichtete Weiterentwicklung der Hamburger Schulen.

Die in diesem Zusammenhang im Bildungsbereich geplanten Einsparungen sind schmerzhaft. Unter anderem sind folgende Bereiche mit weitreichenden Konsequenzen betroffen:

- Die **Erhöhung der Basisfrequenzen** in den Jahrgangsstufen 7-10 an den Gymnasien und in den Oberstufen von Gymnasien und Stadtteilschulen können zu einem **geringeren Fächerangebot und Profilangebot** an den Schulen auf dem Weg zum Abitur führen. Es gibt Befürchtungen, dass dies die Naturwissenschaften im besonderen Maße betreffen wird. Über den Unterricht hinaus werden die geplanten Kürzungen die **Schule als ganzheitlichen Lernort** mit individuellen Förder- und Forderangeboten insgesamt betreffen und dringend notwendige Entwicklungen im Rahmen einer **zeitgemäßen Schulentwicklung bremsen**.
- Hamburg hat bislang aus gutem Grund eine hohe Vertretungsreserve. Deren Absenkung wird zu mehr Unterrichtsausfall führen.
- Die erfolgreiche Verzahnung des Vor- und Nachmittags und Rhythmisierung des Lernens an Grundschulen, die **gebundene Ganztagsschulen** sind, wird durch den Abbau von Lehrer*innenstellen für den Ganztag und die Umwandlung in Erzieher*innenstellen gefährdet.

Die kurzfristig umgesetzte **Neuorganisation der Schulbegleitung** hat darüber hinaus schon jetzt zu vielen Unsicherheiten in den Schulen und insbesondere bei den betroffenen Kindern und Eltern geführt. Insbesondere der Ersatz von erfahrenen Schulbegleitungen durch FSJler:innen wird zu einem Qualitätsverlust der Schulbegleitung führen.

Schulen brauchen keine Kürzungen der Ressourcen, sondern Entlastungen und pädagogische Gestaltungsräume.

Alle Einsparmaßnahmen setzen Schulen, Lehrkräfte und Schüler*innen weiter unter Druck. Um den Schulen trotz dieser Maßnahmen zu ermöglichen, individuell auf ihre Schülerschaft zugeschnittene Angebote zu realisieren, ist es wichtig, **Entlastungen und pädagogische Gestaltungsräume** im schulischen Alltag zu schaffen. Statt pauschal Ressourcen zu kürzen, gilt es, schnell und kostenneutral umsetzbare Maßnahmen zu finden, die Schulen diese Gestaltungsräume geben, ohne das Unterrichtsniveau und die Lernerfolge der Schüler*innen zu gefährden, beispielsweise:

- Die schon in den letzten Jahren teilweise massiv überfrachteten Bildungsplaninhalte sollen nur die Hälfte des Unterrichts ausmachen. **Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, Schulen den Gestaltungsraum zu geben, nur mindestens 50% der Inhalte umzusetzen, damit sie Schwerpunkte für ihre Schüler*innen auf gleichem Kompetenzniveau setzen können. Auf diese Weise kann auch auf eine zeit- und damit kostenintensive Detail-Nachschärfung der Bildungspläne verzichtet werden.** Die so gewonnene Zeit der involvierten Behördenmitarbeitenden kann mit der Erarbeitung der noch ausstehenden Umsetzungshilfen sinnvoll und für die Schulen entlastend genutzt werden.

- **Außerdem stehen wir GRÜNEN für eine zukunftsweisende Lern- und Prüfungskultur. Wir wünschen uns, dass die Schulen die Möglichkeit bekommen, vermehrt alternative Prüfungsformate einzusetzen.** Eine Verringerung der korrekturintensiven Klausuren und klassischer Lernzielkontrollen gerade in der Oberstufe entlastet Schüler*innen und Lehrkräfte gleichermaßen. Formate wie die Präsentation von Gruppenarbeitsprozessen oder die Reflexion des eigenen Lernwegs bereiten Schüler*innen außerdem viel besser auf Anforderungen im späteren (Berufs-)Leben vor als Klausuren und klassische Lernzielkontrollen.

Unterricht und Schüler*innenförderung priorisieren

Des Weiteren setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, dass Kürzungen im Bildungsbereich grundsätzlich vorrangig über Einsparungen des Verwaltungsapparats der Behörde erzielt werden und damit nicht direkt auf die Kinder und Jugendlichen wirken. Zu prüfen wären hier beispielsweise im Landesinstitut eine Konsolidierung und nachhaltige Ausrichtung der Fortbildungsformate und -angebote und ein zielgenaueres Beratungsangebot nach tatsächlichen Bedarfen. Außerdem halten wir es für sinnvoll, Frequenz und Umfang der Schulinspektionen stärker am jeweiligen Unterstützungsbedarf und am Qualitätsentwicklungsstand der Schulen auszurichten. Ein weiterer Ansatzpunkt ist aus unserer Sicht die Schärfung der Zuständigkeiten innerhalb der BSFB und zwischen Schulinspektion, IfBQ, LI und Schulaufsicht und weniger, aber zielführend genutzte Berichte und Daten. Wir setzen uns für einen Qualitätsentwicklungsprozess in den genannten Institutionen ein, um Wirksamkeit und Effizienz im Sinne der Zielerreichung sicherzustellen.

Wir fordern weiterhin dazu auf, Einsparpotenziale durch ein effizientes Bildungsmanagement an Schulen und Unterstützungsstellen an der Behörde zu prüfen, z.B. Lehrende nicht mehr zu pädagogisch fernen Aufgaben einzusetzen und von administrativen Tätigkeiten zu entlasten.

Sollten Kürzungen im Bildungsangebot unvermeidbar sein, fordern wir, den Sozialindex bei der Verteilung der Einsparungen konsequent zu berücksichtigen. **Insbesondere Schulen in sozial herausfordernden Lagen (KESS 1-3) müssen vor zusätzlichen Kürzungen geschützt werden**, um Bildungsarmut entgegenzuwirken und den in Deutschland besonders engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg nicht weiter zu verstärken. Deshalb begrüßen wir es auch, dass an den Stadtteilschulen die Ausstattung in den Klassen 7 bis 10 unverändert bleibt. Ebenso legen wir Wert darauf, Ressourcen für sonderpädagogische Förderung sowohl im Bereich der Inklusion (sogenannte "Rucksackressource") als auch in der Ausstattung der ReBBZ und der besonderen berufsbildenden Bildungsgänge auch zukünftig vor Kürzungen zu bewahren. Ausdrücklich begrüßen wir die systematische Verankerung von Schulsozialarbeit im aktuellen Haushaltsplanentwurf.

Kürzungen in Form des vorliegenden Haushaltsentwurfs dürfen nicht das letzte Wort sein, sondern müssen noch einmal kritisch geprüft werden.

Kommunikation und Dialog nutzen

Wir GRÜNEN nehmen die besorgten Stimmen aus Elternschaft, bei Lehrenden und Schüler*innen ernst. Wir setzen uns dafür ein, dass geplante Kürzungen rechtzeitig kommuniziert, mit allen Akteur*innen, Schulen, Schülervertretungen sowie Elternvertretungen und anderen Betroffenen besprochen und Alternativen diskutiert werden. Nur gemeinsam können wir in angespannter Finanzlage Errungenschaften der Hamburger Bildungspolitik fortführen und darauf hinwirken, die Bildungsgerechtigkeit zu stärken.